

# Hingucker gesucht!

## **Die grüne Arbeitsgruppe „Polizeilicher Umgang mit Rechtsextremismus“**

Sachsen-Anhalts Polizei steht in der Kritik. Immer wieder werden Vorkommnisse bekannt, die Zweifel daran aufkommen lassen, wie ernst es Teile der Polizei mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus nehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Versäumnisse der Polizei im Kampf gegen Rechtsextremismus aufarbeiten, Gründe dafür aufdecken und den für die Aufklärung und Behebung der Missstände Zuständigen auf die Finger schauen soll.

Neben den alltäglichen Berichten von Ausländern, die sich schlecht und diskriminierend von der Polizei behandelt fühlen, fällt eine Kette von Einzelereignissen auf. Einige Beispiele:

### **Pretzien, Juni 2006: Unkenntnis im Dienst?**

Rechtsextreme verbrennen öffentlich eine amerikanische Flagge und ein Exemplar des Tagebuchs der Anne Frank. Die herbeigerufene Polizei ermittelt – zunächst aber nur wegen Sachbeschädigung - vorgeblich, weil der diensthabende Polizist den Hintergrund des Buches nicht kennt. Erst ein Aufschrei der Öffentlichkeit bringt die Ermittlungen auch wegen Volksverhetzung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener in Gang.

### **Dessau, Mai 2007: Anti-Rechts-Kampagne? Nur für die Galerie!**

Ein stellvertretender Polizeipräsident ermahnt drei Staatsschützer, sie mögen beim Ermitteln gegen Rechtsextremisten „nicht so genau hingucken“ und bemerkt außerdem, die Kampagne „Hingucken“, die die Landesregierung gegen Rechtsextremismus initiiert hat, sei „nur für die Galerie“. Als die drei Staatsschützer diesen Skandal öffentlich machen, werden sie versetzt. Gegen einen werden staatsanwaltliche Ermittlungen eingeleitet. Gleichzeitig sieht sich der Leiter der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus Ermittlungen durch die Polizei wegen Verleumdung ausgesetzt. Er hatte in einem Vortrag einen örtlichen Rechtsextremisten als ebensolchen bezeichnet.



**Bei Nazi-Aufmärschen gehört es zur Pflicht der Polizei, Schlimmeres zu verhindern. Foto: Grüne**

### **Halberstadt, Juni 2007: Nazi-Schläger laufen lassen**

Rechtsextremisten überfallen brutal ein Theaterensemble und verletzen dabei mehrere Personen. Die herbeigerufene Polizei ist mit der Situation überfordert. Sie lässt die Täter zunächst entkommen.

### **Burg, August 2007: Im Opferschutz versagt**

Drei Männer überfallen eine vietnamesische Familie in ihrer Wohnung in Burg. Den alarmierten Polizisten wird Verstärkung verweigert. Die Polizei verlässt das Haus, ohne die Täter in Gewahrsam nehmen zu können. Die Opfer werden allein gelassen, müssen aus ihrer Wohnung fliehen. Als der Fall öffentlich wird, werden zwei leitende Beamte strafversetzt.

### **Wir schauen hin!**

Die grüne Arbeitsgruppe, der Expertinnen und Experten für Rechtsextremismus ebenso angehören, wie Opferberater und eine ehemalige Polizeipräsidentin wird in den kommenden Wochen ein umfangreiches Arbeitsprogramm bewältigen und auch externe Referenten aus Polizei und Wissenschaft befragen. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, in den nächsten zwei bis drei Monaten konkrete Vorschläge und Instrumente zu entwickeln, die den Umgang der sachsen-anhaltischen Polizei mit rechtsextremer Kriminalität verbessern und die eine erhöhte Transparenz der Polizeiarbeit in Sachsen-Anhalt gewährleisten.

Offenbar braucht es mehr als Ermahnungen des Innenministers. Notwendig ist ein Mentalitätswechsel in der Polizeiführung weg von Wagenburg-Mentalität hin zu Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit. Zudem sind bessere Kenntnisse der Vorgesetzten von der täglichen Arbeit notwendig. Sachsen-Anhalt braucht eine andere Polizeikultur, die die Opfer von Überfällen stärker in den Blick nimmt und ihnen Schutz gewährleistet.

Die Äußerungen von CDU-Politikern, die Grünen hätten mit der AG „Polizeilicher Umgang mit Rechtsextremismus“ eine „Schnüffeltruppe“ geschaffen, verdrehen die Tatsachen: Es sind die Polizisten, die im Auftrag des Staates handeln. Bürgerinnen und Bürger, die die Arbeit der Staatsorgane mit einem wachsamen Auge begleiten, tun ihre demokratische Pflicht. Wir nehmen das Motto „Hingucken!“ der Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus ernst. Wir gucken hin!

Hingucker gesucht!

Demokratie lebt vom Hinschauen und Mitmachen. Fragen Sie bei Einsätzen der Polizei kritisch nach. Und unterstützen Sie diejenigen Polizistinnen und Polizisten, die bereits heute engagiert gegen Rechtsextremismus Stellung beziehen. Es sind die meisten. Aber noch immer nicht genug.

Berichten Sie uns über Ihre Erfahrungen beim Umgang der Polizei mit rechtsextremer Kriminalität. Oder unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Spende oder Ihre Mitgliedschaft.

Hier erreichen Sie uns:



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt  
Otto-von Guericke-Straße 42a, 39104 Magdeburg  
E-Mail: [lv.sachsen-anhalt@gruene.de](mailto:lv.sachsen-anhalt@gruene.de), Tel. 0391/4015539  
Internet: [www.gruene-sachsen-anhalt.de](http://www.gruene-sachsen-anhalt.de)  
V.i.S.d.P.: Claudia Klupsch